

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

88. Sitzung

Berlin, Freitag, den 28. Januar 2011

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 18:

- Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung: **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolution 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1943 (2010) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen** (Drucksachen 17/4402, 17/4561) 9881 A
- Bericht des Haushaltsausschusses gemäß § 96 der Geschäftsordnung (Drucksache 17/4562) 9881 B
- Birgit Homburger (FDP) 9881 D
- Sigmar Gabriel (SPD) 9883 A
- Dr. Andreas Schockenhoff (CDU/CSU) 9887 A
- Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE) 9888 D
- Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 9890 C
- Henning Otte (CDU/CSU) 9892 A
- Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 9893 B
- Dr. Bijan Djir-Sarai (FDP) 9893 D
- Roderich Kiesewetter (CDU/CSU) 9894 C
- Florian Hahn (CDU/CSU) 9895 D
- Heike Hänsel (DIE LINKE) 9896 D

Namentliche Abstimmung 9897 C

Ergebnis 9902 D

Tagesordnungspunkt 19:

Wahl des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik 9897 D

Wahl 9898 D

Ergebnis 9905 A

Tagesordnungspunkt 20:

a) Antrag der Abgeordneten Kathrin Senger-Schäfer, Dr. Martina Bunge, Agnes Alpers, weiterer Abgeordneter und der Fraktion **DIE LINKE: Kopfpauschale in der Pflege verhindern – Humane und solidarische Pflegeabsicherung gewährleisten** (Drucksache 17/4425) 9898 D

b) Große Anfrage der Abgeordneten Kathrin Senger-Schäfer, Dr. Martina Bunge, Inge Höger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion **DIE LINKE: Umsetzung des neuen Pflegebegriffs (gemäß dem Bericht des Beirats zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs)** (Drucksachen 17/2219, 17/3012) 9899 A

Kathrin Senger-Schäfer (DIE LINKE) 9899 B

Johannes Singhammer (CDU/CSU) 9900 C

Elke Ferner (SPD) 9901 C

- (A) blick auf die politische Entwicklung sind erste, leider nur kleine Fortschritte erkennbar.

Auch wenn die Lage weit davon entfernt ist, gut zu sein, geben diese Entwicklungen Anlass zu der Aussicht, dass mit der Reduzierung unserer Präsenz in Afghanistan in absehbarer Zeit begonnen werden kann.

Daher stimme ich heute für eine Verlängerung des Mandats – allerdings in der Erwartung und mit dem Anspruch, dass im nächsten Jahr die Erfolge der neuen Strategie deutlicher sichtbar werden.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann dem von der Bundesregierung vorgelegten Mandat nicht zustimmen,

- weil die Bundeswehr seit einem Jahr nicht mehr nur zur Sicherung des Aufbaus, Stabilisierungseinsatz, sondern zur offensiven Aufstandsbekämpfung, Counter Insurgency, im Rahmen des Partnerings eingesetzt wird. Sie kämpft damit seit 2010 aktiv aufseiten einer Bürgerkriegspartei;
- weil ich überzeugt bin, dass die Fortführung der Aufstandsbekämpfung durch Partnering die Sicherheitslage nicht verbessern, sondern weiter verschlechtern wird;
- weil es sich bei diesem Mandat nur um den militärischen Teil des Einsatzes handelt und ich ein umfassendes Mandat einschließlich der zivilen Aufbaustrategie für erforderlich halte;

- (H)
- weil die Bundesregierung bis heute keine unabhängige Evaluierung und Wirksamkeitsanalyse des Einsatzes seit 2001 vorgenommen hat;
 - weil das Mandat immer noch keinen klaren Abzugsplan für die nächsten drei Jahre enthält. Die Formulierung ist so schwammig, dass sie eine Fortsetzung so lange zulässt, wie es die Bundesregierung für erforderlich hält. Wer nicht einmal in der Lage ist, einen Plan aufzustellen, wird das anvisierte Ziel ohnehin nicht erreichen;
 - weil aus unerfindlichen Gründen immer noch die Tornados im Mandat enthalten sind;
 - weil ich die parlamentarische Kontrolle der zahlreichen eingesetzten Spezialkräfte für unzureichend halte und aufgrund schlechter Erfahrungen kein Vertrauen mehr in die Informationspolitik des Verteidigungsministeriums habe.

Ich stimme dennoch nicht mit Nein,

- weil ich den Menschen, die sich in Afghanistan in den letzten Jahren für Demokratie und Menschenrechte eingesetzt haben signalisieren will, dass wir uns der Verantwortung bewusst sind, die wir nun nach neun Jahren Einsatz mag er noch so fehlerhaft gewesen sein für sie zu tragen haben. Viele von ihnen, besonders die Frauen, sind Risiken eingegangen, weil wir ihnen Hoffnungen gemacht haben. Ein Nein zum Mandat könnte im internationalen Kontext als Entzug

der Unterstützung auch für deren Engagement missverstanden werden; (C)

- weil ich glaube, dass ein sofortiger Abzug aller Truppen zum jetzigen Zeitpunkt das Land mit einem Bürgerkrieg zurücklassen würde, der die Menschen mehr gefährden würde als ein schrittweiser Abzug. Dabei scheint mir eine Perspektive von drei Jahren durchaus realistisch, wenn sie denn ernsthaft umgesetzt würde;
- weil ich es nach wie vor nicht für unmöglich halte, den deutschen Soldatinnen und Soldaten einen sinnvollen und realistischen Auftrag zum Schutze der Zivilbevölkerung zu erteilen. Dies setzt allerdings den politischen Willen voraus, sich von einigen Vorgehensweisen des Bündnispartners deutlich zu distanzieren, die offensive Aufstandsbekämpfung, das heißt das Partnering, zu beenden und sich wieder auf die Sicherung des Aufbaus und die Vorbereitung des schrittweisen Abzugs zu konzentrieren.

Aus all diesen Gründen werde ich mich zum ISAF-Mandat noch einmal enthalten.

Manfred Kolbe (CDU/CSU): Erstens. Der Afghanistan-Krieg ist nicht zu gewinnen. Alle bisherigen ausländischen Militärinterventionen sind am Hindukusch gescheitert, angefangen bei Alexander dem Großen über das Britische Empire bis zur Sowjetunion. Auch für den Westen verschlechtert sich die Lage von Jahr zu Jahr, und ein angekündigter Rückzugsbeginn ab 2011 erhöht kaum die eigene Durchsetzungsfähigkeit.

Zweitens. Der Afghanistan-Krieg hat seine Legitimation verloren. Die war nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 auf New York sicherlich gegeben; aber seit 2002 operiert al-Qaida kaum noch von Afghanistan aus. Um zu verhindern, dass Afghanistan wieder Ausgangsbasis von Terroristen wird, ist ein Krieg dieses Umfangs nicht erforderlich, abgesehen davon, dass der Westen konsequenterweise dann auch gegen andere Ausgangsbasen vorgehen müsste. Das weitere Ziel, in Afghanistan einen demokratischen Rechtsstaat aufzubauen, wurde mittlerweile aufgegeben und war ohnehin bereits durch die Zustände in Afghanistan – Wahlfälschungen usw. – ad absurdum geführt. So bedauerlich es sein mag, aber wir werden uns als rückschrittlich erscheinende, jahrhundertealte Traditionen eines völlig anderen Kulturkreises nicht durch Bomben verändern. (D)

Drittens. Der Afghanistan-Krieg zerstört die Glaubwürdigkeit der Werte des Westens. Seit 2001 wurde in Afghanistan die vielfache Anzahl unschuldiger Zivilisten getötet wie bei den New Yorker Terroranschlägen. Die Verhältnismäßigkeit ist völlig verloren gegangen. Irgendwelche Angaben zur Anzahl der getöteten Zivilisten werden von der Bundesregierung nicht gegeben. Wer Woche für Woche vor den Augen der gesamten Weltöffentlichkeit die Tötung von Zivilisten als Kollateralschaden billigend in Kauf nimmt, züchtet als Reaktion ständig neue Terroristen.

Betonen möchte ich, dass trotz meiner Bedenken der Einsatz der in Afghanistan dienenden Soldaten Respekt und Anerkennung verdient. 45 Soldaten haben diesen

- (A) Einsatz bisher mit ihrem Leben bezahlt. Der Deutsche Bundestag als verantwortlicher Entsender ist daher immer wieder gefordert, eine verantwortungsbewusste Entscheidung zu treffen.

Ute Kumpf (SPD): Nach einem gründlichen und sehr verantwortungsbewussten Diskussionsprozess hat die SPD im Hinblick auf den Afghanistan-Einsatz einen Strategiewechsel gefordert, dessen wesentliche Elemente Teil des Mandatsbeschlusses des Deutschen Bundestages vom 26. Februar 2010 wurden.

Kernforderungen der SPD waren;

- die Mittel für den zivilen Aufbau zu verdoppeln und die wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans voranzutreiben,
 - mehr Nachdruck auf eine gute Regierungsführung und den weiteren Aufbau staatlicher Strukturen zu legen,
 - die Ausbildung der afghanischen Armee und Polizei deutlich zu verstärken,
 - eine unabhängige Evaluierung des Afghanistan-Einsatzes anhand von messbaren und qualitativen Fortschrittskriterien einzufordern,
 - den Prozess der innerafghanischen Versöhnung zu unterstützen und voranzutreiben,
- (B) die afghanischen Anrainerstaaten wie Pakistan, Iran, die zentralasiatischen Nachbarn, aber auch China und die Türkei stärker in eine politische Lösung der afghanischen Konflikte einzubinden,
- der schrittweise Abzug des deutschen ISAF-Kontingents, beginnend 2011 und eine Beendigung des militärischen Engagements zwischen 2013 und 2015. Parallel dazu eine schrittweise Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Streitkräfte.

Vor dem Hintergrund der vorgenannten Forderungen ist festzustellen, dass im Jahr 2010 nahezu eine Verdoppelung der deutschen Mittel für den zivilen Aufbau Afghanistans auf 430 Millionen Euro stattgefunden hat. Es sind auch erhebliche quantitative Fortschritte bei der Ausbildung von afghanischen Soldaten und Polizisten erfolgt. Allerdings entspricht die Qualität der Ausbildung durch kurze, nur wenige Wochen dauernde Ausbildungskurse mit einem hohen Anteil von Analphabeten nicht immer den Erfordernissen.

Durch die Berufung des 70-köpfigen „Hohen Friedensrates“ unter Vorsitz des früheren Staatspräsidenten Burhanuddin Rabbani durch Präsident Hamid Karzai und die Bildung eines Reintegrationsfonds in den bisher etwa 160 Millionen US-Dollar eingezahlt wurden (darunter ein deutscher Anteil von 50 Millionen Euro über fünf Jahre) sind erste Schritte im Hinblick auf einen innerafghanischen Versöhnungsprozess unternommen worden. Ob dieser Prozess zu den gewünschten Erfolgen führt, ist gegenwärtig noch nicht abschließend zu beurteilen.

(C) Kaum Fortschritte sind allerdings im Bereich guter Regierungsführung festzustellen. So sind weder nennenswerte Fortschritte im Einsatz gegen Korruption und den Drogenanbau, noch beim Aufbau der Rechtsstaatlichkeit und flächendeckend tragfähiger Verwaltungsstrukturen zu verzeichnen. Auch ist die Einbeziehung der afghanischen Nachbarländer in einen notwendigen Friedensprozess nicht gelungen, bzw. sind bislang keine nachhaltigen Initiativen der Bundesregierung feststellbar, diesen Prozess zu befördern. Wir erwarten hier ein stärkeres Engagement der Bundesregierung.

Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass nur eine unabhängige wissenschaftliche Evaluation des Afghanistan-Einsatzes die erforderliche Wirkungsanalyse des Anfang 2010 eingeleiteten Strategiewechsels vornehmen kann und bedauern, dass die Koalitionsfraktionen im vergangenen Jahr einen gemeinsamen Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Bundestagsdrucksache 17/1964) dazu abgelehnt haben.

Der von der Bundesregierung im Dezember 2010 vorgelegte Fortschrittsbericht Afghanistan beleuchtet neben einigen Erfolgen zwar auch Fehlentwicklungen in Afghanistan, leistet aber keine qualitative Analyse der vor einem Jahr eingeleiteten Maßnahmen.

Die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten haben bei ihrem Gipfeltreffen in Lissabon am 19. und 20. November eine schrittweise Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Behörden bis zum Jahr 2014 beschlossen. Mit diesem Prozess soll bereits in den kommenden Wochen und Monaten begonnen werden. (D)

Vor diesem Hintergrund ist es aus unserer Sicht geradezu folgerichtig, auch im Laufe dieses Jahres bereits mit dem Rückzug der Bundeswehr zu beginnen. Eine Übergabe der Sicherheitsverantwortung ohne einen Teilerückzug der internationalen Kräfte wäre ein Etikettenschwindel. Ein Verschieben des Abzugsbeginns würde auch den notwendigen Druck auf die afghanische Regierung lockern, schrittweise die Sicherheitsverantwortung in Afghanistan zu übernehmen und damit einen verantwortungsbewussten Abzug insgesamt infrage stellen.

Die USA werden nach allen vorliegenden Informationen bereits im Juli mit dem Rückzug ihres im vergangenen Jahr vorgenommen Aufwuchses in Höhe von 30 000 Soldaten beginnen. Dieser Prozess wird sich über mehrere Monate hinziehen.

Insofern ist die von der SPD erhobene Forderung, den Beginn des Rückzugs der Bundeswehr im Jahr 2011 im vorliegenden Mandat schriftlich zu fixieren, nur folgerichtig gewesen. Die Bundesregierung ist dieser Forderung nachgekommen, wenn auch nur konditioniert. Noch weniger Verständnis als für die vorgenommene Konditionierung haben wir für Aussagen einzelner Mitglieder der Bundesregierung, namentlich des Bundesverteidigungsministers, der öffentlich den Eindruck erweckt hat, ihm sei die Festlegung auf eine Jahreszahl in Bezug auf einen Rückzugsbeginn gleichgültig. Daraus spricht unseres Erachtens eine Missachtung des Parlaments, und